



STELLUNGNAHME zum interfraktionellen Antrag GRÜNE-Gemeinderatsfraktion FDP-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2020/0997
	Verantwortlich:	Dez. 3
Kostenneutrale Nutzung größerer Räume in städtischen Gebäuden Änderung der Benutzungsordnung für Räumlichkeiten in öffentlichen Gebäuden		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	29.09.2020	27	X	

Kurzfassung

Siehe Stellungnahme.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant	X	Nein	Ja	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	X	Nein	Ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	X	Nein	Ja	abgestimmt mit

Räume für Veranstaltungen, Versammlungen und Ähnliches werden von verschiedenen städtischen Dienststellen, Eigenbetrieben und anderen Karlsruher Institutionen zur Verfügung gestellt und verwaltet. Das Amt für Stadtentwicklung hat die Raumangebote in einer Erhebung zusammengefasst. (Siehe Anlage)

Für sämtliche in der Verwaltung städtischer Dienststellen stehende Veranstaltungsräumlichkeiten existieren jeweils unterschiedliche Benutzungsordnungen.

Eine Überarbeitung dieser ist aufgrund der Komplexität und des hohen Abstimmungsbedarfs in der Kürze der Zeit nicht leistbar.

Ungeachtet dessen ist eine Änderung der bestehenden Benutzungsordnung für Räumlichkeiten in öffentlichen Gebäuden, wie sie der interfraktionelle Antrag begehrt, aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Stadt Karlsruhe nicht zu befürworten.